

Haushaltsrede HH 2008  
B´90/Die Grünen  
(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Politik in Deutschland besteht nur noch aus Versatzstücken – jedes für sich und losgelöst vom undurchschaubaren Ganzen.

Das belegen einmal pro Monat die brillianten Kabarettisten Urban Priol und Georg Schramm in der seit diesem Jahr im ZDF ausgestrahlten Sendung mit dem bezeichnenden Titel „Neues aus der Anstalt“.

Wenn man die Tagesnachrichten verfolgt, kann man in der Tat das wachsende Unbehagen nicht mehr verdrängen, in einem Tollhaus zu leben. „Wir werden doch nur noch verarscht“ merkte Urban Priol in der letzten Sendung zu Recht an.

Beispiel gefällig?

Da gründen „Bild“ und Co die „NBZ“ (Neue Brief- und Zustelldienste e.V.). Deren Präsident ist Florian Gerster (!), studierter Psychologe, Unternehmensberater, SPD-Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz (1990-2002) und Nassforscher aber gescheiterter Reformator des Arbeitsamtes.

Eben dieser Florian Gerster, wie gesagt der Präsident der „NBZ“, installiert nun auch noch gleich seine hauseigene Gewerkschaft „GNBZ“ und jagt deren Mitglieder mit der Forderung auf die Straße: „6 Euro sind doch auch schon fair!“

Georg Schramms treffender Kommentar in der Anstalt: „Knurrt dir vor Hunger schon der Magen, vergisst du es beim Briefaustragen.“

Nur noch getopt wurde Gersters Schachzug von der Medizinmafia, die zur weiteren Verhinderung des seit 16 Jahren laufenden Großversuchs „Gesundheitsreform“ gar nicht erst ihre Anhängerschaft mobilisierte, sondern Mitte des Jahres gleich eine Horde Habenichtse anheuerte, sie in OP-Klamotten steckte und als „Berufsprotestierer“ vor dem Reichstagsgebäude in Berlin antreten ließ.

Aber kluge Köpfe haben jetzt entdeckt, es gibt keine Politikverdrossenheit – es gibt nur eine Politikerverdrossenheit!

Wissen Sie, warum Angela Merkel so beliebt ist?

Weil man sie mit Politik nicht in Zusammenhang bringt!

Das ist kein Witz – das haben Meinungsforscher als Ergebnis seriöser Befragungen herausgefunden.

Auf dem Bundesparteitag der CDU in Hannover bekam „das Angela“ von den begeisterungstrunkenen Delegierten ihrer Partei in Interviews am Rande des Geschehens vor den laufenden Kameras sogar den Ehrentitel „Mutter Merkel“!

Die CDU und ihre Parteivorsitzende – und Kanzlerin „Mutter Merkel“!

Das hat selbst ihr geistiger Ziehvater Helmut Kohl in seiner 16-jährigen Amtszeit niemals geschafft. Oder haben Sie jemals gehört, dass seine Parteigänger ihn einmal „Vater Kohl“ genannt hätten? Sogar Konrad Adenauer musste sich immer mit der Bezeichnung „der Alte aus Rhöndorf“ bescheiden.

„Mutter Merkel“ – besser kann man die Stimmungslage einer Partei doch gar nicht mehr in Worte fassen!

Wie angestaubt und unbeholfen verquast klingt dagegen der Leitantrag auf dem SPD – Kampfparteitag von Hamburg: „Wer eine menschlichere Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

Genau! – Nur mit wem will und soll ihr das gelingen?

Etwa mit Andrea Nahles, der menschengewordenen Parteitretmine, die schon „Münze“, das sauerländer Gewissen alter sozialdemokratischer Tugenden, zur Niederlegung seines Postens als Parteivorsitzender bewegte und Sigmar Gabriel konsequent beim innerparteilichen Aufstieg ausbremst?

„Mutter Merkel“, oder wie der Stern sie nach ihrer Indienreise bezeichnete, „Mahatma Merkel“ verkörpert in diesem unseren Lande das neue weibliche Prinzip: fest in sich ruhend, innerparteiliche Kontrahenten auf gepflegter Rasenhöhe halten, Konflikte in der Familie austragen und nicht nach außen tragen - und dabei die eigene festverankerte Position in der „Familie“ stets entschlossen im Blick.

Das sind unter vielem anderen genau die Eigenschaften, deretwegen es Kurt Beck, die Verlegenheitslösung aus Mainz, auch nie zum Kanzler bringen wird!

Er hat allerdings auch ein riesiges ererbtes Problem!

Wissen Sie, was jeweils nach dem Ende einer sozialdemokratisch geführten Regierung in der Bundesrepublik Deutschland herauskam?

Eine neue Partei!

Nach Helmut Schmidt, dem Weltökonom mit dem markigen Spruch: „Wer in der SPD Visionen hat, soll zum Augenarzt gehen“ entstanden „Die Grünen“, und nach dem Ende des „großen Sozialreformers“ und Autokanzlers Gerhard Schröder gründete sich „Die Linke“, der sich in Scharen frustrierte Altsozialdemokraten und Gewerkschaftler zuwandten.

Und nun versucht das „Kurtchen“ sich in Schadensbegrenzung. Er verlässt mit einem unbeholfenen Linksschwenk ausgerechnet die demokratische Mitte, um die Willy Brandt und Helmut Schmidt sich so engagiert und erfolgreich bemüht hatten. Beck hofft, so die alten SPD-Stammwähler wieder an die Partei zu binden und „Die Linke“ zur Eintagsfliege zu machen.

Das Resultat seines fatalen Lavierens ist die fröhliche „Mutter Merkel“ in Hannover, wie sie freudestrahlend ausrief: „Die Mitte sind wir. Und wo wir stehen, ist die Mitte!“ Recht hat sie, denn nur von der Position der Mitte kann man in unserem Land nach links und rechts neue Wähler gewinnen.

Die SPD dagegen versucht derzeit das hoffnungslose Experiment, die CDU auf der Politautobahn links zu überholen. Aber da, wie im richtigen Leben auch, diese Spur voll ist, müssen die Sozis schon die Leitplanken durchbrechen, was an sich bereits selbstmörderisch ist und bei erfolgreichem Durchbruch erst recht! Und um die „Grünen“ zu überholen, muss die SPD auf den Grünstreifen wechseln, was den gleichen fatalen Effekt hat!

Und damit bin ich bei uns im Kreis angekommen:

Immer wieder haben wir in den zurückliegenden Monaten in der Presse Leserbrief und Stellungnahmen der SPD goutieren dürfen, die letztlich die eine Aussage beinhalteten: „Die treibende Kraft im Kreis Warendorf, die politische Speerspitze des wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Fortschritts ist einzig und allein die SPD. Sie ist der Lokführer, der den Zug des Gemeinwohls steuert. Nur, wie auch im richtigen Leben, ist dieser Lokführer seit den Landratswahlen de facto in den unbefristeten Streik getreten!

Und trotzdem ist der Zug weitergefahren!

Ein Geisterzug?

Führerlos?

Ganz und gar nicht, denn das zurückliegende Jahr war so erfolgreich, dass sowohl die haushaltspolitischen Rahmenvorgaben der Verwaltung [wie auch die neu eingeflossenen politischen Vorgaben der gestalterisch zusammenarbeitenden](#)

Kreistagsfraktionen von CDU und Grünen für den Haushalt 2008 in sämtlichen Fachausschüssen einstimmig verabschiedet worden sind.

Der Führerstand der Lokomotive ist somit weiterhin prima besetzt, meine Damen und Herren!

Der Haushalt für das Jahr 2008 zeichnet sich geradezu durch eine beeindruckende Komplexität verschiedenster Belange aus.

Er ist als umlagefinanzierter Haushalt ausgesprochen gemeindefreundlich. Da müssen die Bürgermeister schon verdammt lange suchen, um im Land NRW einen vergleichbaren Kreishaushalt mit ähnlich niedriger Kreisumlage zu finden.

In diesem Haushalt werden immer neue kostenintensive Abwälzungen originärer Aufgaben von Bund und Land aufgefangen.

Da werden neue für die Menschen im Kreis wichtige Aufgaben angegangen, die zusätzliche Geldmittel erfordern.

Deshalb hier ein Dank an die gute und konstruktive Arbeit der Verwaltung, die neuerdings auch vor innovativen Herausforderungen, die aus den aktiven Fraktionen an sie herangetragen werden, nicht mehr zurückschreckt.

Aber vor allem auch ein Dank an diejenigen Kolleginnen und Kollegen hier im Kreistag, die daran mitgearbeitet haben, dass eben auch viele wichtige neue Ansätze in diesem Haushalt verankert werden konnten.

So ist eine neue Stelle für die unangemeldete (!) Aufsicht in Alten- und Pflegeheimen geschaffen worden, die in diesem Jahr die Arbeit aufgenommen hat.

So erarbeitet die Verwaltung ein wissenschaftlich betreutes umfassendes Integrationskonzept für die Bürger des Kreises mit Migrationshintergrund.

Da hat die GfW eine Neuausrichtung ihrer Tätigkeitsfelder erhalten, in der der Aspekt der nachwachsenden Rohstoffe ein Kernanliegen darstellt.

Da ist in geradezu rekordverdächtiger Schnelligkeit und hoher Professionalität der Arbeitsansatz des „Cochemer Modells“ von Politik und Verwaltung aufgenommen, verabschiedet und umgesetzt worden. Die AG aus Richtern, Anwälten, Jugendämtern und Beratungsstellen hat sich gegründet und will im ersten Quartal 2008 das künftige gemeinsame Handeln festgeschrieben haben!

Übrigens ein einmaliger Vorgang in der Zusammenarbeit aller beteiligten Professionen, meine Damen und Herren! Nicht übereinander, sondern miteinander reden – zum Wohle der betroffenen Scheidungskinder menschliche und lebensnahe Handlungsweisen praktizieren!

Da bewirbt sich die Kreisverwaltung um die Teilnahme am „European Energy Award“. (Sie wissen doch: Wer kein Englisch kann, versteht kein Deutsch.)

Grundlage zur Teilnahme ist die langjährige Vorarbeit in Umweltschutzbelangen, für die der Kreis bereits beim NRW-weiten Ranking geradezu eine Vorbildrolle innehat.

Ja, höre ich jetzt despektierliche Lästermäuler schwatzen, die Grünen seien ja auch auf den Schoß der CDU gekrabbelt...

Erstens: Schon die rein körperliche Verfassung der CDU-Vertreter ließe das nicht zu. Zweitens haben weder die CDU- noch die Grünen Kreistagsmitglieder eine entsprechende Veranlagung, das zu tun.

Nein – CDU und Grüne haben in den vergangenen Jahren schlichtweg eine pragmatische Sachpolitik ins Zentrum des Handelns gerückt; haben immer wieder gemeinsam Themen und Problemlagen der Gegenwart erörtert und daraus gemeinsames politisches Handeln folgen lassen – und bei diesem Tun jeden zum Mitmachen eingeladen, der guten Willens ist und die Fingerkuppen am Puls der Zeit hält!

Wie sagte Karl-Wilhelm Hild zu Beginn dieser Legislaturperiode richtig: „Es gibt keine Parteipolitik – es gibt nur eine gute oder schlechte Politik für die Menschen im Kreis.“  
Genau das haben CDU und Grüne auch in diesem Jahr wieder vielfältig in konkretes Handeln umgesetzt und uns nicht darauf beschränkt, bereits gestellte Anträge anderer Fraktionen lediglich wiederzukäuen.

Wir beabsichtigen daher, weiterhin in dieser bewährten Form an neuen Herausforderungen zu arbeiten – konsequent an der Sache orientiert und ohne kleinkarierte parteipolitische Scheuklappen!

Genau das, meine Damen und Herren, unterscheidet die Politik im Kreis Warendorf ausgesprochen wohltuend von den anfangs angesprochenen Versatzstücken politischer Konzeptionslosigkeit auf Landes- und Bundesebene!

Wir werden, und das ist in der letzten Kreisausschusssitzung eindeutig von allen Parteien klargerückt worden, im Kreis Warendorf gemeinsam dafür Sorge tragen, dass kein Kind in Tageseinrichtungen mit hungrigem Magen den anderen beim Essen zuschauen muss. (Dass wir uns mit solch einem Thema überhaupt befassen müssen, werte ich im Übrigen als eine Schande für ein Land, das zu den reichsten Nationen dieser Welt gehört!)

Wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, damit nicht auch der Kreis Warendorf mit der Nachricht in die bundesdeutschen Medien gelangt, hier ist ein Kind verhungert, verdurstet, zu Tode gequält oder geprügelt worden.

Wir wollen keine Schlagzeilen, dass an Schulen des Kreises private Sicherheitsdienste Schüler und Lehrer vor brutalen Angriffen schützen müssen, wie das jetzt in Berlin der Fall ist.

Jeder Jugendliche muss hier die reelle Chance erhalten, einen Schulabschluss zu erreichen und anschließend eine berufliche Ausbildung zu absolvieren!

Das ist familienfreundliche Politik, meine Damen und Herren!

Das können wir nur dann erreichen, wenn wir auch hier zu pragmatischem, ergebnisorientiertem Handeln bereit sind und nicht eine Interessengruppe gegen die andere ausspielen.

Es ist und bleibt in diesem Zusammenhang richtig, dass den Parteien im Kreistag Warendorf zu den Haushaltsplanberatungen keinerlei Konzepte oder Anträge des Herrn Zöller vorgelegen haben, wie dieser wiederholt öffentlich behauptet hat! Ebenso wenig hat er sich mit uns in Verbindung gesetzt, um seine konzeptionellen Überlegungen vorzustellen! Wir wären die Letzten, die solche Konzepte nicht ausführlich beraten hätten – da erlaube ich mir mal, auch im Namen aller Kreistagsfraktionen zu sprechen!

Sehr geehrte Damen und Herren, der Aufschwung ist da, hört man allenthalben. Nur wenn man mal z.B. im örtlichen Einzelhandel nachfragt, wie denn das Weihnachtsgeschäft so läuft, trifft man immer wieder auf enttäuschte Gesichter. Die Konsumenten haben in der Masse schlicht kein Geld, um sich in die vorweihnachtliche Einkaufsorgie zu schmeißen! Selbst die Bildzeitung titelte am Montag, der Aufschwung kommt nicht an!

Das liegt unter anderem auch an der dramatischen Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten. Die Kostensteigerungen bei Heizung, Sprit und Strom machen für „Otto Normalverbraucher“ wenn überhaupt, dann nur noch kleine Sprünge möglich.

Noch nie haben die Billigdiscounter mit ihren Angeboten, „ein Stück Luxus“ zu erwerben, solch einen Zulauf, wie das derzeit zu beobachten ist.

Was hat das mit dem Kreis zu tun?

Nun, auch hier sind wir ein Teil vom Ganzen.

Wir halten einen netten Anteil an den Aktien der RWE, einem der vier Hauptkostentreiber der letzten Jahre! Es ist gut, was wir mit den Dividenden aus diesem Aktienbesitz machen, das möchte ich ganz klar herausstellen!

Aber der Kreis muss als Aktionär – und somit als Miteigentümer - auch die Stimme erheben und laut und deutlich dafür eintreten, dass der RWE-Vorstand eine sozial und wirtschaftspolitisch verantwortungsvolle Geschäftspolitik betreibt. Das ist in der Vergangenheit nicht geschehen!

Die RWE als Nachfolger der VEW hat nur das „shareholder value“ in das Zentrum ihrer Aktivitäten gestellt und herausgekommen sind die brutalen Auswüchse des Manchesterkapitalismus. Wir müssen hier im Konzert aller kommunalen Aktionäre gegensteuern – einstimmig und mit allem Nachdruck!

Nicht umsonst bildete gerade die RWE über Jahrzehnte das Schlusslicht bei der Einführung erneuerbarer Energien. Sie hatte und hat mit ihrer Hoheit über die Netze die Macht, die Einspeisung dieser Energieerzeugungsweisen zu erschweren oder auch zu verhindern.

Nicht umsonst riss dem Kartellamt jetzt der Geduldsfaden und es drängt auf die Entflechtung von Erzeugern und Netzbetreibern – was die EU schon länger fordert! Nicht umsonst fordert dieses Kartellamt auch den Verkauf von RWE-Anteilen an kommunalen Energieversorgern, um so einem wirklichen Wettbewerb eine Chance zu geben.

Nur unter dem massiven Druck der Öffentlichkeit scheinen die Monopolisten RWE, e-on, enBW und Vattenfall nun allmählich bereit, ihre kaltschnäuzige Preistreiberei zu überdenken. Allein Vattenfall hat als direkte Folge seiner desaströsen Informations- und Preispolitik folgerichtig in diesem Jahr 250 000 Kunden an andere Anbieter verloren!

Und kommen Sie mir bitte nicht mit der alten Mär, Ökostrom sei zu teuer, und nur der Energiemix mit Atom- und Kohlestrom könne verantwortliche Strompreise garantieren.

Gegen diese abgedroschene Lebenslüge spricht, dass etwa Dänemark mit einem Riesenanteil an erneuerbarer Energie vor Steuern ein Drittel geringere Strompreise hat als wir - und das bei einer Wirtschaftssituation, die seit Jahren durch Vollbeschäftigung glänzt. Die Dänen gieren förmlich nach deutschen Gastarbeitern – übrigens auch im Postzustelldienst...

Und gestatten Sie noch eine Bemerkung zum FMO - diesem freudlosen „Groschengrab“.

Für gut die Hälfte der Bevölkerung des Kreises Warendorf ist das Anfahren der Regionalflughäfen in Dortmund und Paderborn-Lippstadt zeitlich lukrativer als der lange Ritt quer durch den Kreis Warendorf nach Greven. Und selbst der Vorstand von „technotrans“ in Sassenberg, wohnhaft in Hamm, dürfte öfter von Dortmund als vom FMO fliegen obwohl er sich eine bessere Anbindung an den FMO wünscht. Die vom damaligen Landrat Dr. Kirsch versprochenen Renditen in das gerade von ihm vorangetriebene Invest lassen auch weiterhin auf sich warten.

Und welcher Geschäftsreisende aus den Firmen des Kreises möchte künftig unbedingt von Greven ins neue Urlaubsparadies Dubai fliegen, wenn er vom FMO nicht mal regelmäßig nach Istanbul und andere Wirtschaftsmetropolen vor unserer Haustür gelangt.

Wir sind daher auch weiterhin dafür, aus der Beteiligung am FMO auszusteigen – wie es der Landkreis Osnabrück uns im letzten Jahr gekonnt vorgemacht hat.

Das hindert uns aber in keiner Weise, dem Haushalt 2008 zuzustimmen, weil er verantwortungsvoll in der Sache, sparsam im Umgang mit dem Geld der Steuerzahler und künftigen Herausforderungen gegenüber aufgeschlossen ist. Sollten durch derzeit nicht kalkulierbare Entwicklungen noch bereits veranschlagte Gelder frei werden, so möchten wir, dass diese Mittel zur Stärkung der Liquidität und zum weiteren Schuldenabbau des Kreises genutzt werden.  
Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.  
Beim Grünkohl sehen wir uns wieder!